

Sie können die QR Codes nützen um später wieder auf die neuste Version eines Gesetzestexts zu gelangen.

# RS Vwgh 1996/12/11 95/13/0227

JUSLINE Entscheidung

🕒 Veröffentlicht am 11.12.1996

## **Index**

001 Verwaltungsrecht allgemein  
20/01 Allgemeines bürgerliches Gesetzbuch (ABGB)  
32/01 Finanzverfahren allgemeines Abgabenrecht  
32/02 Steuern vom Einkommen und Ertrag  
32/04 Steuern vom Umsatz

## **Norm**

ABGB §1090;  
ABGB §361;  
ABGB §833;  
ABGB §834;  
BAO §167 Abs2;  
BAO §21 Abs1;  
BAO §22;  
BAO §23 Abs1;  
BAO §25;  
EStG 1972 §2 Abs3 Z6;  
EStG 1972 §28 Abs1 Z1;  
EStG 1988 §2 Abs3 Z6;  
EStG 1988 §28 Abs1 Z1;  
UStG 1972 §1 Abs1 Z1;  
UStG 1972 §12;  
UStG 1972 §2 Abs1;  
UStG 1972 §3 Abs9;  
VwRallg;

## **Rechtssatz**

Die Zuordnung von Mietobjekten zum Unternehmensbereich hängt sowohl ertragssteuerlich als auch umsatzsteuerlich davon ab, ob die der Nutzung dieser Objekte zugrundeliegenden Rechtsverhältnisse als solche erweislich sind, mit denen die Miteigentümergeinschaft Räume einem von ihr verschiedenen Steuerrechtssubjekt entgeltlich zur Nutzung überläßt. Eine Bejahung dieser Frage hat zur Voraussetzung, daß das betroffene Rechtsverhältnis seinem Inhalt nach ein solches der entgeltlichen Gebrauchsüberlassung und nicht etwa bloß ein solches zur Regelung des Gebrauches rechtlich gemeinsam nutzungsberechtigter Miteigentümer ist (Hinweis E 20.2.1992, 89/13/0236, VwSlg 6659 F/1992), daß das Rechtsverhältnis über die entgeltliche Gebrauchsüberlassung angesichts des behaupteten Bestandes zwischen nahen Angehörigen nach außen ausreichend zum Ausdruck kommt, von eindeutigem, klarem und jeden Zweifel ausschließenden Inhalt ist und auch zwischen Familienfremden unter solchen Bedingungen abgeschlossen würde (Hinweis E 7.12.1994, 93/13/0012; E 27.8.1991, 91/14/0097; E 18.11.1991, 91/15/0043) und daß ein als abgeschlossen zu beurteilendes Rechtsgeschäft über entgeltliche Gebrauchsüberlassung nicht gemäß § 22 BAO als Gestaltungsmissbrauch für die Ermittlung der Abgabenbemessungsgrundlagen unberücksichtigt bleiben muß. Die Prüfung dieser drei Voraussetzungen ist alternativ, nicht kumulativ vorzunehmen.

## **Schlagworte**

Individuelle Normen und Parteienrechte Auslegung von Bescheiden und von Parteierklärungen VwRallg9/1

## **European Case Law Identifier (ECLI)**

ECLI:AT:VWGH:1996:1995130227.X01

## **Im RIS seit**

11.07.2001

## **Zuletzt aktualisiert am**

15.05.2009

**Quelle:** Verwaltungsgerichtshof VwGH, <http://www.vwgh.gv.at>

© 2026 JUSLINE

JUSLINE® ist eine Marke der ADVOKAT Unternehmensberatung Greiter & Greiter GmbH.

[www.jusline.at](http://www.jusline.at)